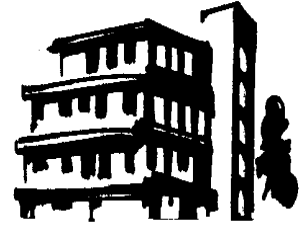


Unser Weg



38. Jahrgang

Nr. 337 - Februar 2012

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI FÜR REINHEIM

2 Uns ist erneut ein Licht aufgegangen

3 Haushalt der Stadt Reinheim 2012

5 Wir lassen uns nicht einschüchtern

7 Der Kinderbeauftragte

2012: Ein schwieriges Jahr?

„Deutschland geht es gut, auch wenn das nächste Jahr ohne Zweifel schwieriger wird als dieses“, sagte Bundeskanzlerin Merkel, CDU, in ihrer Neujahrsbotschaft.

Die Frage ist doch, wem es gutgeht? Sind damit die Menschen gemeint, die Vollzeit beschäftigt sind und deren Lohn nicht zum Leben reicht? Sie bekommen eine „Aufstockung“ vom Staat, damit sie genügend zum Leben haben.

Immer mehr Unternehmen zahlen Hungerlöhne, und durch die Aufstockung durch staatliche Leistungen werden sie im Prinzip noch subventioniert. Letztendlich reiben sich die Unternehmer die Hände, denn deren Gewinne sind wieder prächtig gestiegen.

Und wer zahlt?

Bei Demonstrationen während der Finanzkrise hieß es damals „Wir zahlen nicht für eure Krise“. So wie es jetzt aussieht, zahlen die Bürgerinnen und Bürger doppelt und dreifach für die Krise.

Immer mehr sozial Er kämpftes wird in Frage gestellt. Die Kassen seien leer, heißt es von Seiten der Bundesregierung. Die Länder sind so hoch

verschuldet wie noch nie und auf der Ebene der Städte und Kommunen ist schon lange kein Geld mehr da.

Allerdings merkt man davon immer dann nichts, wenn es gilt, Rettungsschirme für Banken in Milliardenhöhe aufzuspannen. Mit diesem Kapital wird dann wieder gezoekt. Dabei werden ganze Staaten fertig gemacht und die Völker in bitterste Armut geschickt.

Die Bevölkerung soll den Gürtel enger schnallen. In Griechenland hat es sofort dazu geführt, dass die Schlangen an den Suppenküchen länger geworden sind. Diejenigen, die genügend Kapital haben, haben es ins Ausland geschafft.

Dazu heißt es dann, einzelne Menschen mit ihrer Gier wären schuld an der Finanzkrise. Damit braucht keiner auszusprechen, was die Realität ist: Was hier passiert, ist Kapitalismus pur.

Wahrheit ist: Die Ursache der Finanznot öffentlicher Haushalte sind Steuergeschenke in Milliardenhöhe für Großkonzerne und Banken. „Alles, was dem großen Kapital so reichlich gegeben wird, fehlt zwangsläufig in den öffentlichen Kassen. Das gilt

für Bund, Länder und vor allem für Städte und Gemeinden“, stellt die DKP Hessen fest.

Der Spruch: „Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt“ wird auch gern in den Mund genommen. Hier muss doch die Gegenfrage gestellt werden, um wen es sich dabei handelt?

Bestimmt sind es nicht die in Lohn und Brot stehenden Menschen. Schon gar nicht sind es aber die von Arbeitslosigkeit, Armutsgesetzen und Niedriglöhnen Betroffenen.

Wir können es nicht dabei belassen, zu sagen, dass die Schere zwischen arm und reich immer größer wird.

Deshalb ist es gut, dass es immer mehr Menschen gibt, die sich zur Wehr setzen. Genannt sei hier die Occupy Bewegung, die vor Banken oder anderen zentralen Plätzen ihre Zelte aufgeschlagen hat.

Es liegt an uns allen, das Jahr 2012 zu einem Jahr des Widerstands gegen die Macht des Kapitals zu machen. Hierzu ist die Solidarität mit all denen notwendig, die genauso ausgepresst werden, wie wir selber.

Auch für 2012 gilt: Wer kämpft kann verlieren, wer nicht kämpft hat schon verloren.

www.dkp-reinheim.de

Meine Meinung

Streit um Straßenbeiträge

Vor einiger Zeit gab es großen Streit um die Erhebung von Straßenbeiträgen in Groß-Bieberau. Ein ähnliches Bild gab es vor Jahren in Groß-Zimmern. Politische Beobachter sagen: Darüber ist der Bürgermeister Emig gestolpert. Und in Reinheim? Letztmalig wurden Straßenbeiträge beim Ausbau der Groß-Bieberauer Straße in Ueberau erhoben. Nach harten Auseinandersetzungen innerhalb und außerhalb des Parlaments – bis hin zu einer Klage der Stadtverordnetenversammlung gegen den Magistrat – erfolgte dann die Abschaffung. Die Straßenbeitrags-Satzung wurde aufgehoben. Seitdem werden in Reinheim notwendige Erneuerungen von Straßen aus allgemeinen Steuermitteln finanziert. Nun ist bekanntlich die Finanzlage der Städte und Gemeinden mehr als bescheiden. Viele Kommunen können ihre Haushalte nicht ausgleichen. Die Landtags-Mehrheit hat die Lage noch verschärft durch die Kürzung im Finanzausgleich um € 340 Millionen. In dieser Situation kommen nun Gerichte oder die Kommunalaufsicht und fordern von den Kommunen die Erhebung von Straßenbeiträgen. Den Streit gibt es bis hinein in die Landespolitik. Richtig wird von SPD-Seite festgestellt, dass Straßen-



beiträge „für betroffene Grundstückseigentümer bis zu fünfstelligen Beiträgen führen, die diese finanziell schwer belasten“, so SPD-Kreisvorsitzender Patrick Koch.

Doch wie sieht die „Alternative“ der SPD in Wirklichkeit aus? Statt einmaliger Straßenbeiträge für die Anlieger der vom Ausbau betroffener Straßen setzt man auf „wiederkehrende Straßenbeiträge“. Noch einmal der SPD-Kreisvorsitzende Patrick Koch: „Wiederkehrende Beiträge verteilen diese Lasten bisher viel gleich-

mäßiger und erträglicher.“

Also: Die jährlichen Investitions-Aufwendungen für die Schaffung, Erweiterung und Erneuerung von Straßen, Wegen und Plätzen sollen – nach Abzug eines Gemeinde-Anteils – auf die gesamte Einwohnerschaft umgelegt werden – und das immer wieder.

Was uns als „gerechte Lösung“ verkauft werden soll, ist nichts anderes als ein erneuter Griff in die Taschen der gesamten Bevölkerung.

Der Streit zwischen der SPD einerseits und CDU-FDP auf der anderen Seite geht also in Wirklichkeit nicht darum, ob Straßenbeiträge erhoben werden sollen, sondern wie die Erhebung geschehen soll. Öffentliche Güter – und dazu zählt auch der Ausbau von Straßen – müssen über Steuermittel finanziert werden. Statt der Erfindung neuer Steuern und Abgaben brauchen die Städte und Gemeinden ausreichende Finanzmittel zur Erledigung der öffentlichen Aufgaben. Hierfür lohnt es sich, weiter einzutreten – innerhalb und außerhalb der Parlamente.

Die kommunale Selbstverwaltung – im Grundgesetz garantiert – hat für uns einen höheren Stellenwert als die Kommunalaufsicht, auch wenn die Kommunalaufsicht grollt.

Arno Grieger

Uns ist erneut „ein Licht aufgegangen“

Nach der Begehung „dunkler Ecken“ in Ueberau hatte sich die DKP-Fraktion an die HSE gewandt.

Wir wollten die Sache unbürokratisch und direkt angehen. Also haben wir unser Anliegen geschildert und um eine Auskunft gebeten:

„Können Sie uns mitteilen, welche Mehrkosten entstehen, wenn man eine Straßenlaterne durchgehend brennen lässt, anstatt sie um 23.00 Uhr abzuschalten?“ Die Antwort kam prompt. Die HSE Technik Verwaltungs GmbH schreibt: „Bitte haben Sie dafür Verständnis, dass wir Auskünfte nur gegenüber Gemeinden als Vertragspartner erteilen. Wir bitten Sie, Ihre Anfrage unmittelbar an die Gemeindevertretung in Reinheim – Ueberau zu richten. Vielen Dank für Ihr Verständnis.“

Nun – das Verständnis hierfür fehlt uns. Ersatzweise ist uns aber erneut „ein Licht aufgegangen“.

Die Auseinandersetzungen um die unzureichende Straßenbeleuchtung ist nicht neu. Die DKP im Ortsbeirat Ueberau wurde im Mai 2009 hierzu aktiv.

Auszugsweise zitieren wir aus der SPD-Zeitung (Wir in Reinheim) vom September 2009:

„Die HSE ist nämlich längst dabei, die Lampen in ganz Reinheim auszutauschen. Noch in 2009 sollen 200 ausgetauscht werden, die restlichen folgen bis spätestens 2012. Die neuen Energiesparlampen werden nachts nicht mehr ausgeschaltet, sondern nur gedimmt. Alles Informationen, die SPD-Ortsbeiratsmitglied Hans Heckel durch einen einfachen Anruf bei der HSE erfahren hat.“

Und genau da ist uns „ein Licht aufgegangen“. Die DKP-Fraktion wendet sich an die HSE. Ergebnis: Auskunft nur an die Gemeinde. Auch eine telefonische Nachfrage unsererseits blieb erfolglos. Der damalige SPD-Ortsbeirat Hans Heckel ruft bei der HSE an. Ergebnis: Ausführliche Auskunft (siehe oben). Im September 2009 schrieb die SPD in ihrer Zeitung: „In der SPD gibt es jetzt die Forderung, der DKP eine Energiesparlampe zu schenken – damit ihr endlich ein Licht aufgeht.“

Dazu sagen wir: Das kann sich die SPD schenken. Wir erkennen schon selber, was hier gespielt wird. Und wir bleiben am Thema dran.

Arno Grieger

Haushalt der Stadt Reinheim 2012 in der StVV

„Alle Jahre wieder“ beraten die Stadtverordneten den städtischen Haushalt – wenn nicht ein „Doppelhaushalt“ gleich für zwei Jahre gilt. Das war im letzten Dezember nicht der Fall, daher gab es auch in Reinheim wieder die bereits gewohnten Debatten, aber gelegentlich auch neue Töne.

Auftakt mit Gewerkschaftsthemen

Ungewohnt war dieses mal der Einstieg der CDU. In ihrem ersten Wortbeitrag wurden Aussagen der Hans-Böckler Stiftung zitiert, die bekanntlich den Gewerkschaften nahe steht. „51 Milliarden Euro - so viel würden Bund, Länder und Gemeinden 2011 mehr an Steuern einnehmen, wenn noch die Steuergesetze von 1998 gälten“ sagt die Stiftung zur Finanzpolitik. Und weiter: „Vor allem die rot-grüne Einkommensteuerreform mit deutlicher Senkung der Spitzensteuersätze hat durchgeschlagen“.

Der CDU-Beitrag behauptete allerdings nicht, dass sich schwarz-gelb energisch gegen die rot-grüne Steuerreform gewehrt hat, und die Steuersenkungen für Reiche demnächst rückgängig machen will – schön wär's.

Die Anträge der DKP

Windelsäcke und Weihnachtsbeihilfe sind die Dauerbrenner der DKP-Fraktion, von SPD/Grünen alle Jahre wieder abgelehnt. Mancher fragt sich vielleicht, warum wir es immer wieder versuchen – es braucht eben seine Zeit, um dicke Bretter zu bohren.

Windelsäcke werden nach wie vor von einigen Gemeinden im Landkreis für bedürftige Familien mit entsprechendem Bedarf (mit kleinen Kindern oder auch pflegebedürftigen Älteren) zur Verfügung gestellt. Je nach Finanzlage wurden sie dort auch teilweise wieder abgeschafft, aber in manchen Gemeinden ist es auch die SPD, die sich dafür einsetzt. Leider nicht in Reinheim.

Die Weihnachtsbeihilfe gab es vor einigen Jahren, und wurde dann 2005 bei einem knappen Haushalt „eingespart“. In den letzten Jahren begründeten SPD/Grüne ihre Ablehnung mit wechselnden Argumenten, die immer mal widerlegt wurden: so wird die Weihnachtsbeihilfe einer Gemeinde nicht auf andere Leistungen angerechnet und bleibt den Bedürftigen erhalten. Dieses Jahr wurde vorgebracht, dass man (aus Datenschutzgründen?) nicht an die Bedürftigen heran kommt. Dass das falsch ist, zeigen die Beispiele aus Bayern (z.B. Obernburg), die die DKP in der Debatte präsentierte. Leider erfolglos.

Für den **Winterdienst auf Treppenwegen** beantragte die DKP 3000 EUR. Dies wurde mit der Begründung abgelehnt, dass die Anlieger der Wege für die Räumung zuständig sind. „Im Prinzip“ richtig, aber praktisch gesehen ist es auf vielen Wegen ohne Treppe kein großer Aufwand, mit dem Räumfahrzeug freie Bahn zu schaffen.

Die Anträge der anderen

Ein einziger Antrag der Opposition war dieses Jahr erfolgreich: die CDU beantragte erfolgreich 2 Basketball-Körbe für das Freizeitzentrum Georgenhausen. Viele andere „altbekannte“ Anträge lehnte auch die DKP wieder ab – so die schon gewohnte Beobachtungsbühne am Reinheimer Teich (CDU) und einen vergrößerten Parkplatz am Friedhof Reinheim (Freie Wähler), durch Wegfall der Grünanlage.

Einen **Bürgerhaushalt** möchten SPD/Grüne beim nächsten Haushalt durchführen und beantragen dafür 5000 EUR. Beim Kürzen von Leistungen und Erhöhen von Gebühren „mitwirken, aber nicht mitbestimmen“ - das sieht die DKP eher kritisch: „Statt 'Bürgerhaushalte' im Sparrausch - Verursacher und Profiteure der Krise müssen zahlen“. Denn manchmal könnte man den Eindruck bekommen, dass Bürgerhaushalte dazu dienen, den Bürgern die katastrophale Finanzlage

nur besser zu erklären und ihnen dadurch Erhöhungen von Gebühren und Steuern schmackhaft zu machen.

Der Papa kann dann seinem Kind besser erklären, warum das Geld fürs Eis nicht mehr reicht.

Nun lehnen wir aber keinen Antrag ab, weil der Antragsteller sich vielleicht oder wahrscheinlich etwas falsches gedacht hat. Die DKP hatte sich frühzeitig dafür eingesetzt, dass der Haushaltsplan im Internet veröffentlicht wird, und ist für eine öffentliche Diskussion über die städtischen Finanzen. Aus diesem Grund stimmten wir für den Bürgerhaushalt. Ob er sich bewährt hat, sehen wir dann in einem Jahr.

Einen **Arbeitskreis Energie** möchten SPD/Grüne im Januar gründen – dazu liegt ein Antrag vor, über den erst Ende Januar entschieden wird, und bei dem nicht wirklich klar ist, was dieser Arbeitskreis tun soll. Für die Finanzierung wurde dann noch zusätzlich vorher ein Haushaltsantrag gestellt. Wenn der Arbeitskreis beschlossen wird, soll er auch eine klaren Aufgabenstellung und Zielsetzung bekommen. Dafür wird die DKP-Fraktion sich im Januar einsetzen – dem Haushaltsantrag stimmte die Fraktion zu.



Friedrich Kammer

Gegen den rechten Terror

Die Kreistagsfraktion DIE LINKE will mit einem Antrag an den Kreistag erreichen, dass dieser die Morde und Verbrechen durch rechte Terroristen in Deutschland und Hessen verurteilt und im Landkreis Darmstadt-Dieburg verstärkt antifaschistische Aufklärung zu betreiben.

1. Der Kreistag Darmstadt-Dieburg verurteilt mit tiefster Empörung die menschenverachtenden Verbrechen der Gruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“. Der Kreistag Darmstadt-Dieburg nimmt Anteil am Leid der Opfer und dem Leid ihrer Familien. Sie müssen nun die volle gesellschaftliche Solidarität erhalten und können die vollständige politische und juristische Aufklärung aller Hintergründe, sowie eine Verurteilung der Täter und Unterstützer dieses rechten Terrors zu Recht erwarten.
2. Der Kreistag Darmstadt-Dieburg fordert die Hessische Landesregierung auf, alles dazu beizutragen, um öffentlich Klarheit herzustellen über die Gründe der Fehleinschätzungen, sowie mögliches Fehlverhalten und Unterstützung rechter Strukturen durch die Sicherheitsbehörden. Dazu muss eine unabhängige Untersuchung unter Beteiligung unabhängiger Sachverständiger auf Landes- und Bundesebene erfolgen. Die ausschließlich auf Basis von Geheimdienstinformationen und geheim tagenden Parlamentarischen Kontrollkommissionen von Bund und Ländern können dies nicht leisten. Die Betroffenen und die Öffent-

lichkeit haben jedoch ein Recht auf vollständige Aufklärung der Hintergründe, sowie ein Recht auf politisch verantwortliches Handeln.

3. Der Kreistag Darmstadt-Dieburg fordert die Landesregierung auf, sich bei der Bundesregierung einzusetzen für die Rücknahme der Kürzungen bei Programmen gegen Rechtsextremismus und die Rücknahme der jüngst eingeführten „Extremismus-Klausel“, mit welcher gesellschaftlich-antifaschistische Bildungsarbeit pauschal kriminalisiert und geschwächt wird.
4. Der Kreistag Darmstadt-Dieburg fordert die Landesregierung auf, die jahrelangen Steigerungen der Mittel für das Landesamt für Verfassungsschutz auf das Maß von 2006 zurück zu führen und für die Unterstützung ziviler Projekte, Vereine und Organisationen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus umzuwidmen. Im Gegensatz zum Landesamt für Verfassungsschutz ist die Arbeit in zivilen Projekten, Vereinen und Organisationen transparent, erfolgreich und nachweislich frei von rechten Strukturen.
5. Der Kreistag Darmstadt-Dieburg fordert die Landesregierung auf, sich endlich dem bundesweiten Arbeitskreis für ein NPD-Verbot anzuschließen und V-Leute aus faschistischen Gruppen und Organisationen abzuziehen.
6. Der Kreistag Darmstadt-Dieburg fordert alle Menschen auf, sich im Sinne von Frieden, Freiheit und Völ-

kerverständigung gegen Rassismus und Faschismus im Landkreis Darmstadt-Dieburg, Hessen, Deutschland und Europa zu wehren.

7. Der Kreistag Darmstadt-Dieburg beauftragt den Kreisausschuss, verstärkt antifaschistische Aufklärung zu betreiben.

Hierzu werden in Verbindung mit Städten und Gemeinden des Landkreises Besuch im ehemaligen KZ-Osthofen organisiert.

Weiterhin wird ein Jugend-Wettbewerb „Verfolgung und Widerstand im Gebiet Darmstadt und Dieburg“ ausgeschrieben. Die Arbeiten werden dokumentiert und in Schriftform sowie als Wander-Ausstellung zugänglich gemacht.

In der Begründung heißt es:

Rechte Terroristen des sogenannten „Nationalsozialistischen Untergrunds“ haben offensichtlich über 10 Jahre lang in Deutschland unerkannt schwerste Verbrechen verübt, darunter eine Reihe kaltblütiger Morde, Sprengstoffanschläge und schwere Raubüberfälle. Sie töteten gezielt Mitbürger mit Migrationshintergrund und eine junge Polizistin. Dutzende weitere Menschen wurden teils lebensbedrohlich verletzt. In Kassel fiel der Internetcafébetreiber Halit Yozgat einem heimtückischen tödlichen Angriff im April 2006 zum Opfer.

In Politik und Öffentlichkeit wird kritisch die Rolle der Sicherheitsbehörden hinterfragt, insbesondere die des Verfassungsschutzes. Es ist bislang unerklärlich, wie und warum es der Gruppe trotz Kontakten und Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden über den rechtsextremen Hintergrund und über Anschlagsvorbereitungen seit 1998 gelingen konnte, sich laufenden Ermittlungen zu entziehen und jahrelang unerkannt und unbehelligt ganze Serien schwerster terroristischer Verbrechen in mehreren Bundesländern zu verüben.



„Wir lassen uns nicht einschüchtern“

Professor Dr. Heinrich Fink, Bundesvorsitzender der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten im Interview mit der Zeitung „Junge Welt“ am 9. Jan. 2012.

Junge Welt: „Tausenden Neonazigegegnern gelang in den vergangenen zwei Jahren, die bis dahin größten Aufmärsche der rechten Szene im gesamten Bundesgebiet mittels Massenblockaden zu verhindern. Die neofaschistische „Junge Landsmannschaft Ostdeutschland“ (JLO) will im Februar einen neuerlichen Demonstrationsversuch in Dresden starten. Wird die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) ihre Anhänger wieder nach Dresden mobilisieren und die geplanten Blockaden unterstützen?“

„Natürlich! Die Mitglieder der VVN mobilisieren so lange gegen die Nazidemonstration nach Dresden, bis die fatale braune Provokation beendet ist. Wir rufen auch in diesem Jahr ausdrücklich dazu auf, sich an den antifaschistischen Massenblockaden zu beteiligen. Wie lange soll es polizeilich zugelassen werden, dass Nazis die Bombardierung Dresdens vom 13. Februar 1945 instrumentalisieren und in ei-



nen „Bombenholocaust“ umlügen?“ Junge Welt: „Die massive staatliche Kriminalisierung der linken Demonstranten und die vielen Polizeiübergriffe im letzten Februar haben Sie nicht abgeschreckt?“

„Für unsere Mitglieder als demokratische Staatsbürger ist dieses staatliche Drohgebahren eine bittere Erfahrung. Aber sie lassen sich

nicht einschüchtern und sind mit allen solidarisch, die von der staatlichen Repressionswelle betroffen sind. Wir haben uns dem Schwur von Buchenwald – also dem Kampf gegen Faschismus und Krieg – gleichermaßen immer verpflichtet gefühlt.“

Soweit die Ausschnitte des Interviews mit Professor Dr. Heinrich Fink.

Unser Weg

Zeitung der DKP für Reinheim

Erscheinungsweise: monatlich

Verantwortlich: Walter Eckert, Albrechtstraße 7,
64354 Reinheim (Ueberau), Tel. 0 61 62 / 3117 - Eigendruck

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Wir freuen uns über ihre Solidaritätsspende.

UNSER-WEG-Konto: Sparkasse Dieburg,
BLZ 50852651, Nr. 78 103 819 (DKP Reinheim)



Das alte Jahr vergeht, ein neues Jahr beginnt, . . . der „Sardino“ bleibt



Im Dezember nahm die VIAS den Betrieb auf der neuen Strecke nach Pfungstadt auf – ohne dass neue Züge angeschafft wurden. In der Odenwaldbahn war der Platz schon vorher knapp.

Mit dem Wintereinbruch steigen viele Autopendler in Bus und Bahn um. In der Bahn sieht es dann an ganz normalen Tagen so aus, wie auf dem Foto hier (aufgenommen abends ca. 17:50 nach Einstieg am Ostbahnhof in Richtung Odenwald).

Morgens in Richtung Darmstadt / Frankfurt das gleiche Bild. Vor zwei Jahren schrieben wir noch: „Reinheim sitzt, Ober-Ramstadt steht“. Damals bekam man beim Einsteigen in Reinheim morgens normalerweise noch einen Sitzplatz. Inzwischen sind die Züge nach Darmstadt um 07:12 und 07:29 übertoll, so dass ab Reinheim stehen angesagt ist; bei der nächsten Verbindung um 07:49 nach Frankfurt (mit drei Wagen) geht es dann wieder einigermaßen.

Ob Reinheim nun „steht oder sitzt“: dieser Fahrkomfort lockt auf Dauer keinen Autofahrer in den öffentlichen Verkehr. Sobald es wärmer wird, werden sie sich wieder ins Auto setzen. Das steht dann auch im Stau, aber man hat jedenfalls einen Sitzplatz. Der Stau spielt sich dann auch in Darmstadt in Rhönring und Heinrichstraße ab.

Eigentlich müsste die gesamte Region an einem Strang ziehen, um hier jedenfalls so viel Entlastung zu erreichen, d.h. so viele Autofahrer auf die Schiene zu bringen, wie möglich. Im November hat die Landesregierung die Mittel für den öffentlichen Verkehr in Hessen um 20 Mio. EUR gekürzt. Im Straßenverkehr nennt man so etwas Geisterfahrt – Crashkurs in die falsche Richtung.

Der Kinderbeauftragte

Die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD haben zum Haushaltsplan der Stadt Reinheim für 2012 gemeinsam beantragt:

„Wir beantragen die Benennung eines ehrenamtlichen Kinderbeauftragten und die Einstellung von Euro 3.000,00 in den Haushalt als Budget für die Erstellung von Material für Öffentlichkeitsarbeit, Bürotätigkeit und Arbeitsmaterial.“

Von Bündnis 90/Die Grünen wurde zu früheren Haushaltsberatungen ein ähnlicher Antrag schon mehrmals gestellt, damals nicht in der Koalition mit der SPD. Diese hat den Antrag damals auch regelmäßig abgelehnt, gemeinsam mit ihrem damaligen Koalitionspartner FWG.

Soweit die Vorgeschichte.

Die Klausur der Grünen

„Für die Kinder der Stadt“, konnte man am 10.11.2011 im „Darmstädter Echo“ als Bericht von der Klausurtagung der Grünen lesen. Und dabei wurde auch sofort mitgeteilt, wer Kinderbeauftragter werden soll. „Uwe Leander habe sich bereit erklärt, die ehrenamtliche Position eines Kinderbeauftragten der Stadt Reinheim zu übernehmen“, ist zu lesen.

Beschließen jetzt die Grünen bei Klausurtagungen schon, wer eine noch zu beantragende ehrenamtliche Stelle besetzt? Zumindest konnte man sich die Frage stellen.

Am 18.11.2011 wurde im „Darmstädter Echo“ erläutert: „Jugendarbeit – Das Tätigkeitsprofil von Uwe Leander in Reinheim ist lang – Ehrenamtlich beraten und anregen“ hieß es da. Mit der Überschrift „Kinderbeauftragter als „Koordinationsstelle“ wurde in diesem



Artikel erläutert, was Uwe Leander alles tun soll.

Die Pressemitteilung der DKP

Dazu nahm Fraktionsvorsitzender Arno Grieger am 19.11.2011 in einer Pressemitteilung Stellung: „Wenn es in den Meldungen heißt: „Uwe Leander habe sich bereit erklärt, die ehrenamtliche Position eines Kinderbeauftragten zu übernehmen“ und „dazu soll ein angemessenes Budget zur Verfügung gestellt werden“, dann kann dies nicht unkommentiert bleiben.

Und weiter heißt es: „Die Stelle eines städtischen Kinderbeauftragten ist bislang in keinem einzigen städtischen parlamentarischen Gremium beschlossen worden.“

„Diese Art ihrer Pressedarstellungen ist eine Missachtung der demokratisch gewählten Gremien und somit ein Schlag ins Gesicht der parlamentarischen Demokratie“.

Die Debatte bei der Haushaltsberatung In der Debatte führen die Grünen zweigleisig. Einerseits sollte das alles nicht

so gemeint sein. Natürlich wollen auch die Grünen eine Besetzung der Stelle nach demokratischen Spielregeln. Nach Darstellung der Grünen ist ihre Pressemeldung falsch wiedergegeben worden. Der DKP wurde sinngemäß vorgeworfen, dass sie sich die Presseartikel raussucht, die ihr passen. Ein nicht nachzuvollziehender Vorwurf, denn es gab keine Richtigstellung bei beiden Artikeln.

Bürgermeister Hartmann griff ebenfalls in die Debatte ein. Und hier erfolgte mal wieder ein Rundumschlag mit Unterstellungen.

Der Inhalt

Warum soll ein Kinderbeauftragter ehrenamtlich arbeiten? Unsere Kinder und Jugendlichen sind so wichtig, dass das nicht auf einen ehrenamtlichen Bereich abgeschoben werden sollte. Deshalb ist die DKP immer dafür gewesen, hauptamtliche Kräfte im Jugendbereich einzustellen. Schon vor Jahrzehnten wurde um hauptamtliche Jugendpfleger gerade von der DKP gerungen.

Wir haben zwei Jugendpflegerinnen, wir haben einen Streetworker. Wenn das nicht ausreicht, dann muss weiteres qualifiziertes Personal eingestellt werden. Aber darüber wurde überhaupt nicht diskutiert. Die DKP lehnte aus all diesen Gründen den Antrag ab.

Fazit

Den als falsch bezeichneten Artikel des „Darmstädter Echo“ kann man sich bis heute auf der Homepage der Grünen ansehen. Unkommentiert.

Da kann wohl die „Klarstellung“ in der Haushaltsdebatte nicht so ernst gemeint gewesen sein.

Der Antrag wurde mit den Stimmen von SPD und Grünen angenommen.

Renate Grieger

Großes Sitzkissenkonzert mit Fredrik Vahle

Am **Sonntag, dem 26. Febr. 2012** kommt **Fredrik Vahle** mit Gruppe zum großen Kinder-Sitzkissenkonzert nach Reinheim.

Die DKP lädt alle kleinen und großen Fans in den Saal des Gasthauses „Zum Kühlen Grund“ in Reinheim, Heinrichstraße ein. Das Konzert beginnt um 11.00 Uhr.

Seit vielen Jahren kommt der Künstler nach Reinheim. Zusammen mit Dietlind Grabe und Gruppe wird er wieder seine Lieder von „Anne Kaffeekanne“ oder dem „Katzentanzentanz“ singen. Und immer gibt es wieder etwas Neues.

Er wird seine Baby-Gitarre mitbringen. Außerdem hat er eine „Plusterbackenflöte“ und ein „Brüderchen mit dem langen Hals“ als Musikinstrumente dabei.

„Singen, das geht so“, ist seine neueste CD. Die Lieder dazu bringt er live mit zu dem Konzert.

Fredrik Vahle versteht es wie kein anderer Kinderliedermacher seine kleinen Fans zum Mitmachen zu bewegen. Wer jetzt neugierig geworden ist, sollte sich eine Karte im Vorverkauf für 5,00 Euro besorgen.

Kartenvorverkauf in der „Bücherstube in Reinheim“, Kirchstraße 34, Tel. 06162/82603.

Fredrik Vahle für „Junggebliebene“

Am **Samstag, dem 25. Febr. 2012** wird **Fredrik Vahle** mit Gruppe in Reinheim, „Zum Kühlen Grund“ Heinrichstraße ab 20.00 Uhr für alle „**Junggebliebene und Fans**“ ein besonderes Programm bieten.

„**Singen, das geht so** – Lieder und Geschichten aus unterschiedlichen Kulturen und Zeiten“, heißt das Programm.

Summen, Tönen, Singen – viele Wege führen zum Erlebnis der eigenen Stimme! Fredrik Vahle erzählt aus seiner Arbeit, führt unterschiedliche Musikinstrumente vor, singt mit seiner Band eigene Lieder und Lieder aus unterschiedlichen Kulturen. Vom „Lied von der fröhlichen Graugans“ über Maori-Gesänge hin zum indischen Mantra. Jochen Kaboth wird irische Lieder mitbringen und Heinz Müller am E-Bass sowie Manfred Vetter, Percussion werden mithelfen, einen rundum schönen Abend zu gestalten.

Die DKP als Veranstalter freut sich, dass am Tag darauf (So, 26. Febr. 2012. –11 Uhr) wieder ein großes Kinderkonzert stattfindet.

Karten im Vorverkauf für 5,- Euro gibt es in der „Bücherstube in Reinheim“, Kirchstraße 34, Tel. 06162/82603.

Sie können alles online bestellen . . .

Sie können aber auch im Geschäft vorbeikommen und die Ware

- anfassen • angucken • aussuchen

Sie haben die Wahl



Inh. Renate Grieger

Kirchstraße 34

Tel. 06162/82603

Fax 06162/82671